

ÖFFENTLICHE NIEDERSCHRIFT

**der 14. Sitzung der Gemeindevertretung
am Freitag, 06.10.2017, von 20:20 Uhr bis 21:02 Uhr
Rathaus Glashütten, Saal, Schloßborner Weg 2, 61479 Glashütten**

CDU =	6 Gemeindevertreter davon 5 anwesend
FWG =	5 Gemeindevertreter davon 4 anwesend
Grüne =	4 Gemeindevertreter davon 2 anwesend
FDP =	4 Gemeindevertreter davon 3 anwesend
SPD =	4 Gemeindevertreter davon 3 anwesend

Sitzungsverlauf

1. Mitteilungen der Vorsitzenden

Die Vorsitzende verweist zunächst auf die kurzfristig einberufene Sitzung des Ältestenrates. Aufgrund redaktioneller Änderungen in der Abfallsatzung wird zu einer zusätzlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 19. Oktober und zu einer zusätzlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 25. Oktober 2017 eingeladen.

Herr Christoph Kломann hat mit Schreiben vom 2. Oktober 2017 sein Mandat als Gemeindevertreter niedergelegt. Damit ist Herr Christoph Kломann aus der Gemeindevertretung ausgeschieden. Der nächste noch nicht berufene Bewerber des Wahlvorschlages der GRÜNEN ist Herr Dietmar Saljé. Herr Saljé ist allerdings in dieser Sitzung nicht anwesend.

Die CDU-Fraktion hat mit einer E-Mail vom 8. September 2017 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 31. August 2017 eingelegt. Begründet wurde dies damit, dass bei der Beantwortung der Anfrage bezüglich der Kostenstruktur der Kindergärten gemäß der DS-Nr. 107/GV die Anlagen nicht mit in die Niederschrift aufgenommen wurden.

Die Vorsitzende teilt hierzu mit, dass sie mit Schreiben vom 25.09.2017 der CDU-Fraktion hierzu ausführlich geantwortet hat. Es wurde in diesem Schreiben unter anderem darauf hingewiesen, dass nur der wesentliche Inhalt der Verhandlungen in einer Niederschrift aufzunehmen sind. Anlagen zu Vorlagen des Gemeindevorstandes, zu Beschlussempfehlungen der Ausschüsse und zu Anfragen werden nicht mit in einer Niederschrift aufgenommen. Darüber hinaus ist festzustellen, dass alle Mitglieder der Gemeindevertretung und des Gemeindevorstandes die kompletten Anlagen bereits erhalten haben.

Die Vorsitzende teilt mit, dass sie folgende Drucksachen an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen hat:

- Außerplanmäßige Ausgabe für die digitale Alarmierung – DS-Nr. 136/GV
- Ermittlung der Abfallgebühren für das Jahr 2018 – DS-Nr. 144/GV
- Kooperationsvereinbarung zur Breitbandversorgung zwischen der Gemeinde Glashütten und dem Hochtaunuskreis – DS-Nr. 150/GV

An den Bau- und Siedlungsausschuss wurde auf Wunsch des Gemeindevorstandes folgende Drucksache verwiesen:

- Bauvoranfrage auf Prüfung der Bebaubarkeit des Grundstücks – Neubau eines Doppelhauses und zwei Einfamilien-Wohnhäuser mit 8 Stellplätzen im Ortsteil Oberems, Hauptstraße 3, Flur 6, Flurstück 343/3 – DS-Nr. 151/GV/BSA

Auf folgende Termine weist die Vorsitzende hin:

- Einweihung und Segnung des Ostkreuzes am 22.10.2017
- Fachtagung zum Thema Interkommunale Zusammenarbeit – der Gemeindeverwaltungsverband – die freiwillige Fusion – am 04.11.2017 in Friedrichsdorf-Köppern
- Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses für die Haushaltsplanberatungen 2018 am 25.11.2017

2. Mitteilungen des Gemeindevorstandes

Frau Bürgermeisterin Bannenberg verliest ein Schreiben des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zum Thema „Wettbewerbsrechtskonforme Holzvermarktung in Hessen“. In diesem Schreiben wird unter anderem darauf hingewiesen, dass zukünftig der Holzverkauf durch HessenForst nicht mehr durchgeführt werden kann.

Zu der angedachten Beitragsfreistellung der Kindergartengebühren durch das Land Hessen teilt Frau Bannenberg mit, dass noch ein Gesetzgebungsverfahren des Landes notwendig ist.

Die Förderprogramme für Schwimmbäder sind nach den Ausführungen von Frau Bannenberg noch nicht ausgestaltet.

3. Ermittlung der Abfallgebühren für das Jahr 2018; hier: Beratung und Beschlussfassung

144/GV/XVIII

Die Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses gibt die Beratungen aus dem Ausschuss bekannt.

Die FWG-Fraktion stellt folgenden Änderungsantrag:

In der Abfallsatzung (AbfS) der Gemeinde Glashütten (Wirkung zum 01.01.2018) enthält der § 17 Abs. 1 a folgende Gebührensätze:

Restmüllbehälter 120 Liter	108,02 €	(statt 128,49 €)
Restmüllbehälter 240 Liter	211,06 €	(statt 252,92 €)
Restmüllbehälter 1.100 Liter	1.214,52 €	(statt 1.402,24 €)
Restmüllbehälter 1.100 Liter (14-tägig)	1.936,24 €	(statt 2.311,68 €)

Die CDU-Fraktion stellt anschließend den Geschäftsordnungsantrag auf Rückverweisung in den Haupt- und Finanzausschuss auch aufgrund der notwendigen Überarbeitung der Präambel der Satzung.

Hierüber wird abgestimmt:

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (Zustimmung)

Daher erfolgt eine erneute Beratung im Haupt- und Finanzausschuss.

Frau Bürgermeisterin Bannenberg zieht die Vorlage des Gemeindevorstandes gemäß der DS-Nr. 144/GV zurück.

**4. Außerplanmäßige Ausgabe für die digitale Alarmierung;
hier: Beratung und Beschlussempfehlung**

148/GV/XVIII

Über die DS-Nr. 148/GV, die wie folgt lautet, wird abgestimmt:

Die Gemeindevertretung beschließt

1. die außerplanmäßigen Ausgaben in Höhe von 100.000 EUR für die „Digitale Alarmierung“ (Inv.-Nr. 1260-5). Die Ausgaben werden durch die Inv.-Nr. 1260-8 „Anschaffung des Feuerwehrfahrzeuges“ aus dem Jahr 2015 gedeckt. Die beiden vorgenannten Investitionen sind gegenseitig deckungsfähig.

2. Aufhebung des Sperrvermerks in Höhe von 5.000 EUR für die Erstellung von Ausschreibungsunterlagen (Inv.-Nr. 1260-8 „Anschaffung des Feuerwehrfahrzeuges“).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (Zustimmung)

Damit ist die DS-Nr. 148/GV beschlossen.

**5. Kooperationsvereinbarung zur Breitbandversorgung zwischen der
Gemeinde Glashütten und dem Hochtaunuskreis;
hier: Beratung und Beschlussfassung**

150/GV/XVIII

Es wird zunächst redaktionell festgestellt, dass es sich bei der DS-Nr. 154/GV um keine Vorlage des Gemeindevorstandes sondern um eine Vorlage des Haupt- und Finanzausschusses handelt.

Anschließend wird über die DS-Nr. 154/GV, die wie folgt lautet, abgestimmt.

Die Gemeindevertretung beschließt dem Kooperationsvertrag zur Breitbandversorgung zwischen der Gemeinde Glashütten, vertreten durch den Gemeindevorstand, Schloßborner Weg 2, 61479 Glashütten und dem Hochtaunuskreis, vertreten durch den Kreisausschuss, Ludwig-Erhard-Anlage 1 – 5, 61352 Bad Homburg v. d. Höhe, zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (Zustimmung)

Damit ist die DS-Nr. 154/GV beschlossen.

**6. Zusatzanfragen der CDU-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertre-
tung am 29.06.2017 zum Thema „Einsichtnahme der Kaufvertragsun-
terlagen Mühlweg 14“;
hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand**

137/GV/XVIII

Anfrage:

Am 26. April 2017 haben wir in Bezug auf die vorherige Einsichtnahme der Kaufvertragsunterlagen zum Mühlweg 14 den Sachverhalt nicht öffentlich hinterfragt, warum in dem Notarvertrag ausgewiesen ist, dass dem Vorkäufer (Gemeinde Glashütten) eine umwelttechnische Stellungnahme vom 09.03.2015, welche als Grundlage der Kaufpreisbindung diene, bekannt ist, wir aber dieses Gutachten nach mehrfacher Hinterfragung nicht einsehen konnten. Mit der Antwort des Gemeindevorstandes am 06.06.2017 erhielten wir die Rückmeldung, dass der Vorkaufsberechtigte (Gemeinde Glashütten), das Grundstück unter den Bedingungen gekauft hat, die der Verkäufer mit dem Erstkäufer vereinbart hat. Gleichzeitig wurde aufgeführt, dass die Gemeinde aus urheberrechtlichen Gründen keinen Anspruch hat, das Gutachten vom 09.03.2015 zur Verfügung gestellt zu bekommen. Ergänzend wurde dargestellt, dass der Wortlaut im Notarvertrag, „die umwelttechnische Stellungnahme der Hydrodata GmbH vom 09.03.2015

ist dem Vorkäufer bekannt.“ nicht richtig ist. Nach Bewertung der Antwort haben wir folgende Zusatzfragen:

- 1) Welche Schritte hat der Gemeindevorstand unternommen, die nach eigener Aussage nicht richtige Darstellung bezüglich der Bekanntheit des Gutachtens vom 09.03.2015 im Notarvertrag korrigieren zu lassen? Im Übrigen war unsere Frage nach dem Bekanntsein des Gutachtens, und nicht nach der Zurverfügungstellung.
- 2) Welche Maßnahmen plant der Gemeindevorstand mit Bekanntwerden der Information, dass die zum gleichen Anlass und vom gleichen Institut erstellten Gutachten vom 09.03.2015 und das von der Gemeinde beauftragte Gutachten vom 29.02.2016, also ca. 1 Jahr später, nicht miteinander vergleichbar sind bzw. zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen? Immerhin orientierte sich an dem erstellten Gutachten die sehr günstige Kaufpreisbindung?

Antwort des Gemeindevorstandes:

Zu 1:

Nach nochmaliger anwaltlicher Beratung sieht der Gemeindevorstand keine Veranlassung, Vertragsänderungen vorzunehmen, da die Falschbezeichnung keinerlei Auswirkungen hat.

Zu 2:

Der Gemeindevorstand sieht hier keine Notwendigkeit Maßnahmen zu ergreifen, da wir das erste Gutachten nicht kennen und auch keinen Zugriff darauf haben, kann auch kein Aussagen dazu gemacht werden. Um eine Entscheidung treffen zu können, wurde das Gutachten vom Gemeindevorstand in Auftrag gegeben, welches bereits veröffentlicht wurde und auf das wir hier nochmals verweisen.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

- 7. Bericht des Gemeindevorstandes zur Anfrage der CDU-Fraktion vom 138/GV/XVIII
15. August 2017 zum Thema "Konzepterstellung zur energetischen
Sanierung des Bürgerhauses";
hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand**

Anfrage:

Wir bitten um eine Sachstandsinformation zum **Thema „Konzepterstellung zur energetischen Sanierung des Bürgerhauses“** entsprechend der Beantwortung folgender Fragen:

Schon im Haushaltsplan 2016 waren Investitionen eingeplant worden, um Sanierungsarbeiten im Bereich des Bürgerservice und in der Bürgerklausur umzusetzen. Zu den damaligen Beratungen im Haupt- und Finanzausschuss und in der Gemeindevertretung waren noch keine Details zum Umfang, zur Terminplanung und zu den Kosten der Maßnahme bekannt. Zwischenzeitlich wurde jedoch auch beschlossen, dass entsprechende Finanzmittel für die nach Priorität 1 bewertete Sanierungsmaßnahmen für die Mehrzweckhalle in Schloßborn verwendet werden sollten. Als Grundlage für die anstehenden Haushaltsberatungen 2018 ist es wichtig, die Sanierung des Bürgerhauses incl. der Bürgerklausur wieder in den Focus zu bringen. Da Teilmaßnahmen wesentlichen Einfluss auf den Geschäftsbetrieb der Bürgerklausur haben, ist die Erstellung eines Terminplanes wichtig. Wir bitten um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Welche Sanierungsarbeiten sind nach Prioritäten vorgesehen?
- 2) Welche Detailkosten wurden je Position ermittelt?
- 3) Welche Terminplanung ist vorgesehen?

Antwort des Gemeindevorstandes:

Zu 1, 2 und 3:

Der Gemeindevorstand hat den Fokus auf die Sanierung des Bürgerhauses (einschließlich der Gaststätte) nie aus den Augen verloren. Daher werden auch für den Haushalt 2018 wieder entsprechende Mittel eingestellt werden.

Da nach GV Beschluss vom 29.06.2017 die geplanten Mittel für die Sanierung des Bürgerhauses im Haushalt 2017 nun für die Sanierung der Mehrzweckhalle in Schloßborn verwendet werden, konnte folgerichtig auch kein Planungsauftrag vergeben werden und daher liegt auch keine konkretisierte Planung vor.

Allerdings gibt es schon Überlegungen und Szenarien für eine mögliche Umsetzung. Nach Verabschiedung und Genehmigung des Haushalts 2018 kann dann ein Planungsauftrag zur Umsetzung erfolgen.

Vorbehaltlich der konkretisierten Planung und Machbarkeit sollte die Sanierung in mehreren Schritten erfolgen:

- 2017- 2018 steht der Ankauf und Umbau Bürgerservice/Sitzungsbereich an
- 2018 Planungsauftrag Gaststätte/Bürgerhaus/Verwaltung und Außenbereich mit Umsetzung Gaststätte
- 2019 Bürgerhaus und Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

- 8. Zusatzfragen der CDU-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 29.06.2017 bezüglich verschiedener Fragen zum Thema "Bebauungsplan - Über dem Seegrund"; hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand 140/GV/XVIII**

Eine Beantwortung liegt noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

- 9. Zusatzfragen der CDU-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 29.06.2017 zum Thema "Gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Kunstrasenplätze"; hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand 141/GV/XVIII**

Eine Beantwortung liegt noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

- 10. Zusatzanfragen der CDU-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 31.08.2017 zum Thema Kostenstruktur der Kindergärten; hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand 152/GV/XVIII**

Eine Beantwortung liegt noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

11. **Zusatzanfragen der CDU-Fraktion zur Sitzung der Gemeindevertretung am 31.08.2017 zum Thema "vorhandensein einer Mängelliste zur Turnhalle Glashütten";** 153/GV/XVIII
hier: Beantwortung durch den Gemeindevorstand

Eine Beantwortung liegt noch nicht vor.

Abstimmungsergebnis:

(kein Text vorhanden)

Nach Schluss der Sitzung:

Fragen aus dem Publikum:

Die Fragen werden – so weit wie möglich - beantwortet.

Die Vorsitzende

ausgefertigt:

gez. Heike Kolter

Holger Gottschalk
Schriftführer

§ 2 Begriffsbestimmungen

Anschlusspflichtiger ist jeder Eigentümer, Erbbauberechtigte, Nießbraucher oder sonst zur Nutzung eines Grundstücks dinglich Berechtigte.

Benutzungspflichtiger ist jeder Anschlusspflichtige und sonstige Abfallerzeuger oder –besitzer.

Bewohner ist jeder beim Einwohnermeldeamt mit Haupt- oder Nebenwohnsitz gemeldete Einwohner.

§ 3 Ausschluss von der Einsammlung

- (1) Der Abfalleinsammlung der Gemeinde unterliegen alle Abfälle, soweit sie nicht nach Maßgabe dieser Satzung von der Einsammlung ausgeschlossen sind.
- (2) Von der Einsammlung ausgeschlossen sind
 - a) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen, insbesondere gefährliche Abfälle i.S.d. § 48 KrWG i.V.m. § 3 Abs. 1 AVV sowie Erdaushub und Bauschutt, soweit diese nicht in den bereitgestellten Abfallgefäßen, Depotcontainern, durch die Abfuhr sperrigen Abfalls oder andere Einsammelaktionen nach dieser Satzung durch die Gemeinde eingesammelt werden können.
 - b) Abfälle nach § 1 Abs. 4 HAKrWG (Kleinmengen gefährlicher Abfälle),
 - c) Abfälle, die der Rücknahmepflicht aufgrund einer nach § 25 KrWG erlassenen Rechtsverordnung unterliegen, nämlich Leichtverpackungen, Behälterglas und Altautos, Autoteile und Schrott aus gewerblichem Bereich oder der Rücknahmepflicht aus § 10 ElektroG unterfallen.
- (3) Die von der Einsammlung ausgeschlossenen Abfälle sind von den Erzeugern oder Besitzern dieser Abfälle nach den Vorschriften des KrWG und des HAKrWG zu entsorgen. Insbesondere sind gefährliche Abfälle dem zuständigen Entsorgungsträger nach Maßgabe der Regelungen von § 1 Abs. 4 HAKrWG anzudienen und zurückzunehmende Abfälle dem Rücknahmepflichtigen zurückzugeben.

§ 4 Einsammlungssysteme

- (1) Die Gemeinde führt die Einsammlung von Abfällen im Hol- und im Bringsystem durch.
- (2) Beim Holsystem werden die Abfälle beim Grundstück des Anschlusspflichtigen abgeholt.
- (3) Beim Bringsystem hat der Benutzungspflichtige die Abfälle zu aufgestellten Sammelgefäßen oder zu sonstigen Annahmestellen zu bringen.

§ 5

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung und sperrigen Abfällen im Holsystem

- (1) Die Gemeinde sammelt im Holsystem folgende Abfälle zur Verwertung oder sperrige Abfälle ein:
 - a) Papier und Kartonagen (Altpapier),
 - b) kompostierbare Küchen- und Gartenabfälle (Bioabfälle),
 - c) sperrige Abfälle,
 - d) Elektrogroßgeräte (Kühl- und Gefriergeräte, Herde, Waschmaschinen etc.),
 - e) sonstige Elektrogeräte.
- (2) Die in Abs. 1, Buchst. a) und b) genannten Abfälle zur Verwertung sind in den dazu bestimmten Abfallgefäßen vom Benutzungspflichtigen zu sammeln und an den Abfuhrtagen bis spätestens 6:00 Uhr unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen. Die Abfuhrtermine für die unter Buchst. a) und b) genannten Abfälle werden durch die Gemeinde bekannt gegeben (z.B. Abfallkalender).
- (3) In die Bioabfallgefäße darf kein Restmüll (§ 7) eingegeben, in die Altpapiergefäße darf kein Restmüll und/oder Bioabfall eingegeben werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Gemeinde oder die von ihm mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Bioabfalls bzw. Altpapiers zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Bioabfall- bzw. Altpapiergefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Falle unberührt.
- (4) Die in Abs. 1, Buchst. c) bis e) genannten Abfälle werden auf Abruf eingesammelt. Die Abholung dieser Abfälle ist von dem Benutzungspflichtigen bei der Gemeinde oder seines Beauftragten zu bestellen. Die Anmeldung muss nach Maßgabe der Vorgaben der Gemeinde erfolgen (z. B. per Telefon, Postkartenvordruck, Webformular). Nicht angemeldete Gegenstände bleiben von der Abfalleinsammlung unberücksichtigt.
- (5) Die in Abs. 1, Buchst. c) genannten Abfälle müssen von den Benutzungspflichtigen bereitgestellt werden. An den hierzu vorgesehenen Abfuhrtagen sind diese Abfälle in haushaltsüblicher Menge (bis 6 m³) vom Benutzungspflichtigen bis spätestens 6:00 Uhr unter Beachtung der weiteren Regelung dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen. Pro Haushalt ist die Abholung 2mal im Jahr in der Grundgebühr gemäß § 17 Abs. 1 enthalten.
- (6) Hat ein Entsorgungspflichtiger Verunreinigungen in Bioabfall- oder Altpapierbehältern eine Woche nach schriftlicher Aufforderung durch die Gemeinde nicht beseitigt, werden diese Abfälle als Restmüll gegen Gebühr nach § 17 Abs. 4 eingesammelt.

§ 6

Getrennte Einsammlung von Abfällen zur Verwertung im Bringsystem

- (1) Die Gemeinde sammelt im Bringsystem folgende Abfälle zur Verwertung:
 - a) Altglas
 - b) Haushaltsbatterien
 - c) Bauschutt in Kleinmengen

- d) Grünschnitt und Gartenabfälle
 - e) Elektrokleingeräte
- (2) Die Gemeinde stellt zur Einsammlung der in Abs. 1 Buchstabe a und b genannten Abfälle Sammelbehälter an allgemein zugänglichen Plätzen auf. Die Sammelbehälter tragen Aufschriften zur Kennzeichnung der Abfallarten, die jeweils in einen Behälter eingegeben werden dürfen. Andere Abfälle als die so bezeichneten dürfen nicht in diese Sammelbehälter eingegeben werden.
- (3) Die in Abs. 1 Buchst. c, d und e genannten Abfälle sind vom Benutzungspflichtigen zur Annahmestelle in der Gemeinde Glashütten zu bringen und dem dort anwesenden Personal zu überlassen. Den Weisungen des Personals ist Folge zu leisten. Die Öffnungszeiten dieser Annahmestellen werden im gemeindlichen Abfallkalender bekanntgegeben.

§ 7

Einsammlung von Abfällen zur Beseitigung (Restmüll)

- (1) Abfälle, die nicht der Verwertung zugeführt werden (Restmüll), werden im Holsystem eingesammelt.
- (2) Der Restmüll ist vom Benutzungspflichtigen in den ihm zugeteilten Restmüllgefäßen zu sammeln und an den Abfuhrtagen bis spätestens 6:00 Uhr unter Beachtung der weiteren Regelungen in dieser Satzung zur Abfuhr bereitzustellen.
- (3) Als Restmüllgefäße zugelassen sind die in § 9 Abs.1 genannten Gefäße mitfolgenden Nenngrößen:
- a) 120 l**
 - b) 240 l**
 - c) 1100 l**
- (4) In die Restmüllgefäße dürfen keine Abfälle zur Verwertung eingegeben werden, die nach den §§ 5 und 6 getrennt gesammelt werden. Verstöße gegen diese Bestimmungen berechtigen die Gemeinde oder die von ihr mit der Abfuhr beauftragten Dritten, die Abfuhr des Restmülls zu verweigern, bis diese Abfälle aus dem Restmüllgefäß entnommen worden sind. Die Ahndungsmöglichkeit als Ordnungswidrigkeit bleibt in diesem Falle unberührt.
- (5) Die Abfuhrtermine für die unter Absatz 3 genannten Restmüllgefäße werden durch die Gemeinde bekannt gegeben (z.B. Abfallkalender).

§ 8

Einsammlung von Abfällen auf öffentlichen Verkehrsflächen

Für die Aufnahme von Abfällen, die anlässlich der Benutzung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen anfallen, stellt die Gemeinde Gefäße auf. Die Besitzer dieser Abfälle sind verpflichtet, diese Gefäße zu benutzen. Dies gilt insbesondere für Hundekot, Pferdeäpfel, Speiseabfälle, Papiertaschentücher, Zigarettenskippen, usw.

§ 9 Abfallgefäße

- (1) Die Gefäße für den Restmüll, für Bioabfall sowie für Altpapier und Kartonagen stellt die Gemeinde den Anschlusspflichtigen leihweise zur Verfügung. Zur Registrierung der Abfallbehälter und zur Erfassung der Leerungshäufigkeit sind in den Gefäßen elektronische Chips (Transponder) eingebaut. Die Anschlusspflichtigen (§ 2 Abs. 1) haben die bereitgestellten Gefäße pfleglich zu behandeln. Sie haften für schuldhaft Beschädigungen und Verluste. Zugelassen sind nur die von der Gemeinde den Anschlusspflichtigen zur Verfügung gestellten Abfallbehälter.
- (2) Als Restmüllgefäße zugelassen sind Behältnisse mit folgenden Nenngrößen:
- MGB 120 (120 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)
 - MGB 240 (240 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)
 - MGB 1100 (1100 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)
 - Abfallsäcke 60 Liter nach Maßgabe des Abs. 8

Für kompostierbare Abfälle zugelassen sind Behältnisse (Biotonnen) mit folgenden Nenngrößen:

- MGB 120 (120 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)
- MGB 240 (240 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)

Für Altpapier und Kartonagen zugelassen sind Behältnisse (Altpapiertonnen) mit folgenden Nenngrößen:

- MGB 240 (240 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)
- MGB 1100 (1100 Liter Abfallbehälter DIN EN 840)

In begründeten Einzelfälle können Altpapiertonnen mit einem Volumen von 120 Liter (MGB 120) zugelassen werden.

Die für die Abfallbehälter zulässigen Höchstgewichte dürfen nicht überschritten werden. Für die einzelnen Abfallbehälter sind nach DIN EN 840 folgende Höchstgewichte zulässig:

- MGB 120 (Restmüll, Bioabfall und Altpapier) 60 kg
- MGB 240 (Restmüll, Bioabfall und Altpapier) 110 kg
- MGB 1100 (Restmüll und Altpapier) 375 kg

Ein Überschreiten des zulässigen Gesamtgewichtes sowie das Bereitstellen überfüllter Behälter entbinden die Gemeinde von der Verpflichtung zur Einsammlung und Abfuhr.

- (3) Die Abfallgefäße dürfen nicht zweckwidrig verwendet werden, insbesondere dürfen sie nur so weit gefüllt werden, dass ihre Deckel sich gut schließen lassen. Einschlämmen und Einstampfen des Inhalts ist nicht gestattet. Die Deckel sind geschlossen zu halten. Die Gefäße sind nur so zu befüllen, dass beim Entleerungsvorgang der Inhalt problemlos durch die Schwerkraft restlos herausfällt.
- (4) Zur Kenntlichmachung des Inhalts der Gefäße dient die Deckelfarbe. In die Gefäße mit grauem Korpus und grauem Deckel ist der Restmüll, in die Gefäße mit grauem Korpus und braunem Deckel die kompostierbaren Abfälle einzufüllen, in die Gefäße mit grauem Korpus und blauem Deckel das Altpapier.
- (5) Die Abfallgefäße sind an den öffentlich bekannt gegebenen Abfuhrtagen und Abfuhrzeiten an gut erreichbarer Stelle an dem zur Fahrbahn liegenden Rand des Gehwegs oder - soweit keine Gehwege vorhanden sind - am äußersten Fahrbahnrand für eine

gewünschte Entleerung bzw. zur Sammlung bereitzustellen. Der Straßenverkehr darf nicht oder nicht mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt werden. Nach erfolgter Leerung der Gefäße sind diese unverzüglich durch den Anschlusspflichtigen oder den von ihm Beauftragten auf das Grundstück zurückzustellen. Sofern der Verkehr durch eine derartige Bereitstellung mehr als notwendig und vertretbar beeinträchtigt wird, sind sie auf dem Grundstück in unmittelbarer Nähe der Fahrbahn aufzustellen.

- (6) In besonderen Fällen - wenn zum Beispiel Grundstücke nicht von den Abfuhrfahrzeugen angefahren werden können - kann die Gemeinde bestimmen, an welcher Stelle die Abfallgefäße zur Entleerung aufzustellen sind, wobei die betrieblichen Notwendigkeiten der Abfalleinsammlung zu berücksichtigen sind.
- (7) Für satzungswidrig bereitgestellte Gefäße und satzungswidrig gefüllte Müllbehältnisse besteht für die Gemeinde und beauftragte Dritte keine Pflicht zur Einsammlung und Beförderung. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Gebühren wird nicht berührt.
- (8) Müllsäcke können ausnahmsweise zusätzlich zu Abfallgefäßen zugelassen werden, wenn auf einem anschlusspflichtigen Grundstück vorübergehend zusätzliche Abfallmengen anfallen, die in den Abfallgefäßen nicht untergebracht werden können. Die Müllsäcke sind bei den von der Gemeinde benannten Verkaufsstellen zu beziehen.
- (9) Die Zuteilung der Abfallgefäße auf die anschlusspflichtigen Grundstücke erfolgt durch die Gemeinde nach Bedarf. Auf jedem anschlusspflichtigen Grundstück muss mindestens das kleinste zugelassene Gefäß für Restmüll vorgehalten werden. Mehrere Mietparteien auf einem Grundstück erhalten auf Antrag des Grundstückseigentümers jede für sich Abfallgefäße.
- (10) Für Betriebe und ähnliche Einrichtungen wird das erforderliche Gefäßvolumen für den Restmüll von der Gemeinde unter Beachtung der regelmäßig anfallenden Restmüllmengen auf dem jeweiligen Grundstück festgesetzt. Absatz 9, Satz 2 gilt auch für diese Grundstücke.
- (11) Änderungen im Gefäßbedarf hat der Anschlusspflichtige unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen und auf Verlangen zu begründen.
- (12) Bei in Verlust geratenen oder unbenutzbar gewordenen Abfallgefäßen ist vom Grundstückseigentümer unverzüglich Mitteilung an die Gemeinde zu machen und ein neues Abfallgefäß anzufordern. Eine Kürzung der Benutzungsgebühren bis zur Auslieferung eines neuen Abfallgefäßes kann nicht beansprucht werden.

§ 10

Bereitstellung sperriger Abfälle

- (1) Die Einsammlung sperriger Abfälle erfolgt ausschließlich für solche in Haushaltungen anfallenden Abfälle, die wegen ihrer Abmessungen nicht zur Aufnahme in den bereitgestellten Müllbehältnissen geeignet sind, jedoch gemeinsam mit Restmüll (§ 7) entsorgt werden können.
- (2) Nicht eingesammelt werden:
 - Materialien aus Gebäuderenovierungen, Baustellenabfälle, Altreifen und KFZ-Teile
 - Astschnitt
 - Behältnisse für Öl, Benzin, Lösungsmittel usw. (Sonderabfall)
 - Restmüll in Säcken, Kartons oder anderen Behältnissen

- Abfälle, die Menge, Größe oder Gewicht der Vorgaben des Abs. 3 überschreiten
- (3) Die zu entsorgenden Einzelteile dürfen in ihrem größten Ausmaß 2,20 m, ein Gewicht von 50 kg und die bereitgestellte Menge pro Haushalt und Abholtermin 6 m³ nicht überschreiten. Pro Haushalt ist die Abholung maximal 2mal im Jahr in der Grundgebühr gemäß § 17 Abs. 1 enthalten. Es werden keine Wohnungsaufösungen oder Hausentrümpelungen durchgeführt.
 - (4) Sperrige Abfälle werden nur bei den Grundstücken abgeholt, für die die Abholung bei der Gemeinde oder bei einem beauftragten Dritten rechtzeitig beantragt worden ist. Die Beantragung erfolgt nach Maßgabe der Festlegungen der Gemeinde (telefonisch und/oder schriftlich, ggf. zusätzlich über Internet per Webformular). Die Benutzungspflichtigen werden über den Abholtermin schriftlich oder telefonisch informiert. An den vorgesehenen Abfuhrtagen sind die sperrigen Abfälle vom Benutzungspflichtigen so an den Grundstücken bereitzustellen, dass sie ohne Aufwand aufgenommen werden können. Die Regelungen des § 9 Abs. 5 (für Abfallgefäße) sind zu beachten.
 - (5) Die zur Einsammlung bereitgestellten sperrigen Abfälle werden mit der Bereitstellung Eigentum der Gemeinde. Unbefugten ist es verboten, diese wegzunehmen, zu durchsuchen / umzulagern.
 - (6) Die Absätze 1 und 3-5 gelten auch für andere Abfälle, die in besonderen, von der Gemeinde öffentlich bekannt gemachten Einsammlungsaktionen und -terminen außerhalb von Abfallgefäßen, zum Beispiel gebündelt oder versackt, zur Einsammlung bereitgestellt werden.

§ 11

Einsammlungstermine / Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Die Einsammlungstermine werden in einem Abfallkalender bekanntgemacht, der jedem Haushalt in geeigneter Weise bekannt gegeben wird. Hiervon ausgenommen sind die Termine für die Abfuhr der Abfälle nach § 5 Abs. 1 c) bis e).
- (2) Die Gemeinde gibt nach Möglichkeit in ihrem in Abs. 1 genannten Mitteilungsorganen auch die Termine für die Einsammlungen von Abfällen nach § 1 Abs. 4 HAKrWG (Kleinmengen gefährlicher Abfälle) und anderen Abfällen bekannt, die nicht von ihr, sondern von Dritten (Landkreis, Verbänden, Vereinen, u.a.) zulässigerweise durchgeführt werden.

§ 12

Anschluss- und Benutzungszwang

- (1) Der Anschlusspflichtige ist verpflichtet, sein Grundstück an die im Holsystem betriebene Abfalleinsammlung anzuschließen, wenn dieses Grundstück bewohnt oder gewerblich genutzt wird oder hierauf aus anderen Gründen Abfälle anfallen. Das Grundstück gilt als angeschlossen, wenn auf ihm ein Restmüllgefäß (§ 7 Abs. 3) aufgestellt worden ist.
- (2) Von dem Zwang, auf dem anschlusspflichtigen Grundstück ein Gefäß zur Aufnahme kompostierbarer Abfälle (Bio-Gefäß) aufzustellen, kann die Gemeinde eine Ausnahme zulassen, wenn der Anschlusspflichtige nachweist und schriftlich bestätigt, dass aus-

nahmslos alle auf dem Grundstück anfallenden kompostierbaren Abfälle ordnungsgemäß und schadlos selbst verwertet werden und wenn für die Ausbringung des Produkts eine eigene gärtnerisch oder landwirtschaftlich genutzte Fläche von 25 m² je Grundstücksbewohner nachgewiesen wird. Die Ausnahme wird nur befristet und unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zugelassen. Wird ein Abfallbehältnis von mehreren Haushalten gemeinsam genutzt, kann diese Verpflichtung nur von allen Haushalten gemeinsam abgegeben werden. Die Befreiung wird zum auf die Abgabe der Verpflichtungserklärung folgenden Monatsbeginn wirksam, sofern die Erklärung spätestens 3 Wochen vor Monatsende vorliegt und die Befreiungsvoraussetzungen erfüllt sind.

- (3) Eine Erklärung über die Nutzung eines gemeinsamen Bio-Gefäßes (Nachbarschaftstonne) für kompostierbare Abfälle kann gegenüber der Gemeinde abgegeben werden. Die Nutzung von einem oder mehreren Abfallgefäßen durch dinglich Berechtigte zweier aneinander grenzender Grundstücke kann zugelassen werden. Das gleiche gilt für die Nutzung von Abfallgefäßen durch dinglich Berechtigte von zwei nicht direkt aneinander grenzenden Grundstücken, wenn besondere Gründe vorliegen. Die gemeinsame Nutzung ist bei der Gemeinde schriftlich zu beantragen und von allen dinglich Berechtigten zu unterzeichnen. In dem Antrag muss die Person bezeichnet werden, an die der Gebührenbescheid zu richten ist. Alle Nutzungsberechtigten haften für die Gebühr als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel bezüglich der dinglichen Berechtigung ist ein neuer Antrag zu stellen.
- (4) Die Gemeinde ist berechtigt, entsprechende Kontrollen durchzuführen. Sollte festgestellt werden, dass die kompostierbaren Abfälle nicht in vollem Umfang selbst verwertet werden und 25 m² je Grundstücksbewohner nicht nachgewiesen werden können, wird die Befreiung widerrufen.
- (5) Als Grundstück im Sinne dieser Satzung gilt ohne Rücksicht auf die Eintragung im Liegenschaftskataster oder im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz (auch Teilgrundstück) desselben Eigentümers, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet.
- (6) Der Anschlusspflichtige nach Abs. 1 hat jeden Wechsel im Grundstückseigentum unverzüglich der Gemeinde mitzuteilen; diese Verpflichtung hat auch der neue Grundstückseigentümer.
- (7) Darüber hinaus hat der Anschlusspflichtige der Gemeinde alle für die Abfallentsorgung erforderlichen sachbezogenen Auskünfte zu erteilen.
- (8) Jeder Abfallerzeuger oder -besitzer ist verpflichtet, seine Abfälle, soweit sie nicht von der gemeindlichen Abfallentsorgung gemäß § 3 Abs. 2 ausgeschlossen sind, der öffentlichen Abfallentsorgung zu überlassen und sich hierbei der angebotenen Systeme (Hol- und Bring-system) zu bedienen. Dies gilt nicht für
 - a) Abfälle aus privaten Haushaltungen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer selbst zu einer Verwertung in der Lage sind und diese beabsichtigen,
 - b) Abfälle, die durch eine zulässige gemeinnützige oder gewerbliche Sammlung einer ordnungsgemäßen und schadlosen Verwertung zugeführt werden,
 - c) Abfälle zur Verwertung aus anderen Herkunftsbereichen als privaten Haushaltungen,

- d) Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen, soweit ihre Erzeuger oder Besitzer diese in eigenen Anlagen beseitigen und keine überwiegenden öffentlichen Interessen eine Überlassung erfordern,
- e) pflanzliche Abfälle, deren Beseitigung gemäß der Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb von Abfallbeseitigungsanlagen vom 17.03.1975 (GVBl. I S. 174) zugelassen ist.

§ 13 Allgemeine Pflichten

- (1) Den Beauftragten der Gemeinde ist zur Prüfung, ob und wie die Vorschriften dieser Satzung befolgt werden, ungehinderter Zutritt zu den Grundstücken und zu den Gebäuden -mit Ausnahme von Wohnungen im Sinne des Artikel 13 GGzu gewähren, auf denen überlassungspflichtige Abfälle anfallen. Ihre Anordnungen sind zu befolgen. Sie haben sich durch einen von der Gemeinde ausgestellten Dienstausweis auszuweisen.
- (2) Abfälle, die nicht in den satzungsgemäßen Gefäßen oder sonst satzungswidrig zur Abholung bereitgestellt werden, bleiben von der Einsammlung ausgeschlossen. Sie sind zum nächsten Abfuhrtermin unter Beachtung der Vorgaben dieser Satzung zur Einsammlung bereit zu stellen.
- (3) Verunreinigungen durch Abfallgefäße, Müllsäcke, bereitgestellte sperrige Abfälle oder sonstige Ursachen im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung hat der zur Straßenreinigung Verpflichtete zu beseitigen.
- (4) Im Abfall vorgefundene Wertgegenstände werden als Fundsachen behandelt. Die Gemeinde ist nicht verpflichtet, im Abfall nach verlorenen Gegenständen suchen zu lassen.

§ 14 Unterbrechung der Abfalleinsammlung

- (1) Die Gemeinde sorgt bei Betriebsstörungen für Übergangsregelungen zur ordnungsgemäßen Abfalleinsammlung, die erforderlichenfalls durch öffentliche Bekanntmachung den Betroffenen mitgeteilt werden können. Bei vorübergehenden Einschränkungen, Unterbrechungen, Verspätungen oder Ausfällen der Abfuhr infolge von Betriebsstörungen, höherer Gewalt oder Streik besteht kein Anspruch auf Gebührenermäßigung.
- (2) Wird die Abfallentsorgung in Folge höherer Gewalt, behördlicher Verfügungen, gesetzlicher Feiertage oder anderer, außerhalb des Einflussbereiches der Gemeinde liegender Gründe vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet durchgeführt, so erwächst daraus kein Anspruch auf Schadenersatz, Minderung der Gebühren, Entschädigung oder auf Durchführung einer außerplanmäßigen Entsorgung.

TEIL II

§ 15 Gebührenpflicht / Entstehen und Fälligkeit der Gebühr und Vorauszahlungen

(1) Die Abfuhrhythmen sind wie folgt:

Biotonne: 3-wöchiger Rhythmus in den Wintermonaten Dezember – Februar;
2-wöchiger Rhythmus in den übrigen Monaten

Restmülltonne: 4-wöchiger Rhythmus

Papiertonne: 4-wöchiger Rhythmus

Für die 1.100 l Restmüllcontainer sind Sonderregelungen bei den Abfuhrintervallen möglich. Die Sperrmüllabfuhr erfolgt weiterhin auf Abfuhr.

- (2) Zur Deckung des Aufwandes, der ihr bei der Wahrnehmung abfallwirtschaftlicher Aufgaben entsteht, erhebt die Gemeinde Gebühren.
- (3) Gebührenpflichtig ist der Grundstückseigentümer, im Falle eines Erbbaurechts an seiner Stelle der Erbbauberechtigte. Mehrere Gebührenpflichtige haften als Gesamtschuldner. Bei einem Wechsel im Grundeigentum haften alte und neue Eigentümer bis zum Eingang der Mitteilung nach § 12 Abs. 5 für rückständige Gebührenansprüche.
- (4) Die Gebührenpflicht entsteht mit Beginn des Monats der Anmeldung bzw. der Zuteilung der Abfallbehälter; sie endet mit Ende des Monats der Rückgabe der Abfallbehälter bzw. der Abmeldung.
- (5) Die Gebühr ist einen Monat nach Bekanntgabe des Gebührenbescheides fällig. Die Gemeinde erhebt die Gebühr jährlich; sie kann vierteljährliche Vorauszahlungen auf der Basis des Vorjahresergebnisses, und falls ein solches nicht vorliegt, Vorauszahlungen bis zu der Zahl der im Abrechnungszeitraum angebotenen Entleerungen verlangen.
- (6) Die Gebühr ruht als öffentliche Last auf dem Grundstück.
- (7) Bei erstmaligem Anschluss des Grundstücks wird für die Ermittlung der Höhe der Vorauszahlung die Anzahl an durchschnittlich in Anspruch genommenen Entleerungen des jeweiligen Behältertyps im abgelaufenen Kalenderjahr zugrunde gelegt.
- (8) Im Jahr 2018 werden für die Restabfallbehälter **7** Leerungen bei 120 Liter, **11** Leerungen bei 240 Liter, **13** Leerungen bei 1.100 Liter bei 4wöchentlicher Leerung, 26 Leerungen bei 1.100 Liter mit 2wöchiger Leerung und für die Bioabfallbehälter **9** Leerungen für die Vorauszahlungen angesetzt.
- (9) Für Haushalte, in denen Windelabfall durch Kleinkinder oder aufgrund einer medizinischen Indikation anfällt, stellt die Gemeinde an zentraler Stelle eine zweiwöchentliche Entsorgungsmöglichkeit zur Verfügung.

§ 16

Bemessungsgrundlagen der Gebühr

- (1) Die Gebühren werden nach der Zahl und Größe der bereitgestellten Abfallbehälter für Restmüll und Bioabfall und der Anzahl der Leerungen dieser Gefäße bemessen. Für die Einsammlung und Verwertung des Altpapiers und der Kartonnagen wird keine separate Gebühr erhoben.

- (2) Die Anzahl der Leerungen der Restmüll- und Bioabfallgefäße wird mit einem elektronischen Chip (Transponder) ermittelt.
- (3) Es dürfen nur Restmüll- und Bioabfallgefäße zur Leerung bereitgestellt werden, die mit einem registrierten Transponder versehen sind. Nicht registrierte Gefäße bzw. Gefäße ohne Transponder werden nicht entleert.

§ 17

Höhe der Gebühren

- (1) Die Gebühr für das Einsammeln, Befördern und Entsorgen / Verwerten von Restmüll einschließlich sperriger Abfälle, kompostierbarer Abfälle (Bio- und Grünabfälle), Altpapier und von Elektro- und Elektronikaltgeräten inkl. der weiteren von der Gemeinde erbrachten Leistungen besteht aus einer Grundgebühr und Leerungsgebühren.

- a) Für jeden Restmüll- und Bioabfallbehälter wird eine jährliche **Grundgebühr** incl. der unter 17 b) genannten Gebühren für die Anzahl der Mindestentleerungen erhoben.

• Restmüllbehälter 120 Liter	128,49 EUR
• Restmüllbehälter 240 Liter	252,92 EUR
• Restmüllbehälter 1100 Liter	1.402,24 EUR
• Restmüllbehälter 1100 Liter bei 14tägiger Leerung	2.311,68 EUR
• Bioabfallbehälter 120 Liter	25,01 EUR
• Bioabfallbehälter 240 Liter	44,33 EUR

- b) Für jede zusätzliche zu der unter § 17 b) genannten Anzahl an Mindestentleerungen werden für die Entleerung der Abfallbehälter folgende **Leerungsgebühren** erhoben.

• Restmüllbehälter 120 Liter	5,48 EUR
• Restmüllbehälter 240 Liter	10,68 EUR
• Restmüllbehälter 1100 Liter	48,23 EUR
• Restmüllbehälter 1100 Liter bei 14tägiger Leerung	49,60 EUR
• Bioabfallbehälter 120 Liter	2,41 EUR
• Bioabfallbehälter 240 Liter	4,52 EUR

Die Leerungsgebühr bemisst sich nach Art und Größe der zur Leerung bereitgestellten Abfallbehälter und der Anzahl der Leerungen. Als Mindestleerungen werden abgerechnet:

• Restmüllbehälter 120 und 240 Liter	4 Leerungen / Jahr
• Restmüllbehälter 1100 Liter	8 Leerungen / Jahr
• Bioabfallbehälter 120 und 240 Liter	9 Leerungen / Jahr

Besteht die Gebührenpflicht weniger als ein Jahr, vermindert sich die anteilige Grundgebühr und die Anzahl der Mindestleerungen entsprechend. Ergeben sich bei der Berechnung der Mindestleerungen Bruchzahlen, so wird auf die nächste ganze Zahl ab-

gerundet. Soweit im Bereitstellungs- / Abrechnungszeitraum weniger Leerungen als die Mindestleerungen in Anspruch genommen werden, erfolgt keine Gebührenerstattung oder -gutschrift.

- (2) Für jeden Austausch oder jede Auslieferung bzw. Abholung von Abfallbehältern auf einem anschlusspflichtigen Grundstück wird eine Gebühr erhoben. Die Gebühr beträgt pro Abfallgefäß und Änderungsvorgang 18,00 EUR. Diese Gebühr entsteht abweichend von § 15 Abs. 3 bei Austausch oder Anlieferung des Abfallbehälters und ist sofort fällig. Keine Gebühr wird erhoben bei

- Erstanschluss eines Grundstückes oder bei einem Eigentümerwechsel,
- Austausch von schadhafte Abfallbehältern gleicher Art und Größe, soweit der Defekt nicht vom Anschlusspflichtigen zu vertreten ist,
- Bereitstellung oder Einziehung von Abfallbehältern auf Anordnung der Gemeinde

- (3) Müllsäcke werden zum Stückpreis von 7,60 EUR abgegeben. Mit dem Erwerb der Müllsäcke sind alle Kosten der Einsammlung und Entsorgung abgegolten.

- (4) Für die Einsammlung von verunreinigten Wertstoffen nach § 5 Abs. 6 wird eine Gebühr in Höhe von 33,28 EUR pro Abfuhr bei Abfallgefäßen bis zu einer Größe von 240 l erhoben. Bei 1,1 m³-Behältern beträgt diese Gebühr 77,61 EUR.

- (5) Für reinen Bauschutt oder bauschuttähnliche Abfälle im Sinne von § 6 Abs. 1 c werden folgende Gebühren pro Annahmetag erhoben:

bis Eimergröße	2,00 EUR
bis Schubkarregröße	7,00 EUR
bis 250 Liter	20,00 EUR
bis 500 Liter	40,00 EUR

- (6) Für verschmutzten Bauschutt oder bauschuttähnliche Abfälle im Sinne von § 6 Abs. 1 c werden folgende Gebühren pro Annahmetag erhoben:

bis Eimergröße	3,00 EUR
bis Schubkarregröße	10,00 EUR
bis 250 Liter	40,00 EUR
bis 500 Liter	60,00 EUR

- (7) Für die Entsorgung auf Wunsch des Anschlusspflichtigen über die Regelausstattung hinaus zugeteilter Gefäße werden folgende zusätzlichen Gebühren erhoben:

für Papiergefäße bis Zuteilung eines

240 Liter Gefäßes	6,60 EUR
1100 Liter Gefäßes	82,90 EUR

§ 18 Billigkeitsregelung

Die Gemeinde kann Gebühren ganz oder zum Teil erlassen, wenn deren Einziehung nach Lage des einzelnen Falles unbillig wäre; unter den gleichen Voraussetzungen

können bereits entrichtete Beträge erstattet oder angerechnet werden. Im Übrigen gelten die Vorschriften des KAG und der Abgabenordnung in der jeweils gültigen Fassung.

§ 19 Rechtsbehelfe / Zwangsmittel

- (1) Die Rechtsbehelfe gegen Maßnahmen aufgrund dieser Satzung regeln sich nach den Bestimmungen der Verwaltungsgerichtsordnung in der jeweils gültigen Fassung.
- (2) Für die zwangsweise Durchsetzung der im Rahmen dieser Satzung erlassenen Verwaltungsakte gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

TEIL III

§ 20 Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 5 Abs. 2 andere als die zugelassenen Abfälle in die Sammelgefäße oder -behälter eingibt,
 2. entgegen § 6 Abs. 1 Grünabfälle von Grundstücken außerhalb der Gemarkung der Gemeinde Glashütten an den Annahmestellen für Grünabfälle deponiert und Baumstämme und Baumäste, deren Durchmesser stärker als 10 cm sind, an den Annahmestellen für Grünabfälle anliefert,
 3. entgegen § 6 Abs. 2 andere Abfälle, als Grünabfälle aus privaten Haushaltungen in der Gemeinde Glashütten an den Annahmestellen für Grünabfälle deponiert,
 4. entgegen § 6 Abs. 3 Grünabfall, der aus gewerblicher Tätigkeit entstanden ist an den Annahmestellen für Grünabfälle der Gemeinde Glashütten deponiert,
 5. entgegen § 6 Abs. 4 außerhalb der festgesetzten Andienungszeiten Grünschnitt und Hohlglas anliefert,
 6. entgegen § 7 Abs. 2 den Restmüll nicht in dem ihm zugeteilten Restmüllgefäß sammelt,
 7. entgegen § 7 Abs. 4 Abfälle zur Verwertung nicht in die dafür vorgesehenen Sammelgefäße nach § 5 Abs. 2 eingibt,
 8. entgegen § 8 Abfälle, die anlässlich der Benutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätzen anfallen, nicht in die aufgestellten Gefäße (Papierkörbe) eingibt,
 9. entgegen § 9 Abs. 3 Abfallgefäße zweckwidrig verwendet,
 10. entgegen § 9 Abs. 5 geleerte Abfallgefäße nicht unverzüglich auf sein Grundstück zurückstellt,

11. entgegen § 9 Abs. 11 Änderungen im Bedarf an Müllgefäßen der Gemeinde nicht unverzüglich mitteilt,
 12. entgegen § 9 Abs. 12 Satz 1 bei in Verlust geratenen oder unbenutzbar gewordenen Abfallgefäßen nicht unverzüglich Mitteilung an die Gemeinde macht,
 13. entgegen § 10 Abs. 5 zur Einsammlung bereitgestellte sperrige Abfälle unbefugt wegnimmt, durchsucht oder umlagert,
 14. entgegen § 12 Abs. 1 sein Grundstück nicht an die öffentliche Abfalleinsammlung anschließt,
 15. entgegen § 12 Abs. 5 den Wechsel im Grundeigentum nicht der Gemeinde mitteilt,
 16. entgegen § 12 Abs. 7 überlassungspflichtige Abfälle, die er besitzt, nicht der öffentlichen Abfallentsorgung überlässt,
 17. entgegen § 13 Abs. 1 den Beauftragten der Gemeinde den Zutritt zum Grundstück und zu den Gebäuden verwehrt,
 18. entgegen § 13 Abs. 3 Verunreinigungen nicht beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.

§ 21 In-Kraft-Treten

Diese Abfallsatzung tritt am **01.01.2018** in Kraft. Gleichzeitig tritt die Abfallsatzung vom 01.01.2015 in der Fassung der Änderungssatzung vom 01.01.2017 außer Kraft.

Glashütten, den

Der Gemeindevorstand

[Siegel]

Brigitte Bannenberg
Bürgermeisterin